

## Die **Reichsgründung**, dessen Kaiser seit 1871 und die Persönlichkeiten, welche zur heutigen politischen Lage beitrugen und beitragen werden

Nach 23 Jahre Krieg gegen die revolutionären napoleonischen Truppen Frankreichs sehnten sich die europäischen Staaten nach Ruhe und Frieden.

Als es nach der Niederwerfung von Napoleons I. Bonaparte im Jahr 1815 auf dem Wiener Kongreß um eine neue Friedensordnung für Europa ging, setzte sich der österreichische Kanzler Fürst Metternich für ein Gleichgewicht der Mächte ein. Es sollte keinem Land jemals wieder möglich sein, Dominanz über ein anders Land auszuüben. Während das Volk sich einen geeinten Nationalstaat mit bürgerlichen Rechten herbeisehnte und dieses durch immer eindrucksvollere Kundgebungen wie das Hambacher Fest zum Ausdruck brachte und sich zu Wort meldete, wurde durch Staatskanzler Fürst Metternich eine Politik der Restauration eingeleitet.

Die Folge war die Erhaltung der gegenwärtigen politischen Landkarte mit einigen Gebietsveränderungen und Grenzkorrekturen sowie die Wiederaufnahme Frankreichs in den Kreis der Großmächte und die Rückkehr von ehemaligen gestürzten Dynastien auf ihre alten und angestammten Throne mit dem Weitblick des gemeinsamen Vorgehens gegen nationale und republikanische Bewegungen.

Das Herzstück dieser rückständigen Reformen bildete der auf dem Wiener Kongreß mit Schlußakte vom 9. Juli 1815 aus der Taufe gehobene Deutsche Bund, ein loser Staatenbund denen 35 souveräne Fürsten und 4 Freie Städte, zu denen auch die Besitzungen der englischen, dänischen und niederländischen Könige gehörten.

Fürst Metternich und die ihn wohlgesonnenen Fürsten hätten sich nun eigentlich beruhigt zurücklehnen können, wenn nicht die Bürger und Untertanen dieses bunt zusammen gewürfelten Konglomerats des Flickenteppichs an Ländern in ihrer Hoffnung auf einen Nationalstaat zutiefst enttäuscht worden wären.

Die einst in den Befreiungskriegen mit Enthusiasmus gegen Napoleon gezogenen Freiwilligen sahen sich in ihrer Freiheit und Einheit Deutschlands betrogen. Besonders enttäuscht waren die Studenten, die sich zu den Befreiungskriegen scharenweise in freiwilligen Verbänden wie dem Lützow'schen Freikorps eingereiht hatten und das mit der Farbkombination Schwarz-Rot-Gold der Nationalbewegung ihre Symbolfarben gab. Schließlich wurde Rheinpfalz zum Schauplatz der bisher größten und eindruckvollsten Massendemonstration der Deutschen Nationalbewegung auf der Ruine des Hambacher Schlosses.



*Der Zug zum Hambacher Fest. Teilkolorierte Federzeichnung von Erhard Joseph Brenzinger von 1832. Die Flaggen zeigen die deutschen Landesfarben Schwarz-Rot-Gold in der heute unüblichen Anordnung "von unten nach oben".*

*Photo: Reichsarchiv*

Auf dem sogenannten Hambacher Fest vom 27. bis 30. Mai, zu dem sich über 20000 bis 30000 Bürger, Handwerker und Bauern versammelten, zeigte eindrucksvoll wie entschlossen die Volksbewegung für die Deutsche Einheit und Freiheit eintrat. Zu einem allgemeinen Volksaufstand kam es jedoch nicht. Nachdem jedoch ein Jahr darauf Studenten die Frankfurter Hauptwache stürmten, um die hier versammelten Bundestagsgesandten in ihre Gewalt zu bekommen, versagte die Bürgerschaft jegliche Unterstützung und die Volksbewegung schlug fehl.

Fürst Metternich reagierte mit sehr harten Maßnahmen wie Presse-, Rede- und Versammlungsverbot, auch das Tragen der Farben Schwarz-Rot-Gold wurde verboten. Viele, die nicht über die Grenze flohen, wurden verhaftet. Für viele Deutsche war die reaktionäre Politik von Fürst Metternich ein herber psychologischer Rückschlag und viele Bürger zogen sich enttäuscht von der Politik ins private Leben zurück. Nur 1848 riß für kurze Zeit die Novemberrevolution den deutschen Michel aus dem Schlaf. Fürst Metternich wurde in Wien von seinem Stuhl geworfen und flüchtete ins Exil nach England. Die Revolution wurde nieder geschlagen und der deutsche Bund entstand aufs Neue und nahm 1850 in

Frankfurt wieder seine Tätigkeit auf, als wäre nichts geschehen, während Preußen und Österreich erneut zur reaktionären Politik zurückkehrten. Während sich die unzeitgemäße Politik noch durch die wirtschaftliche Rückständigkeit verschärfte und eine Finanzkrise die andere ablöste wurde auch eine weitere Dominanz Österreichs im Deutschen Bund verhindert.

## **Reichskanzler Otto von Bismarck - ein Meister der Politik**

Preußen dagegen tat alles, um sich als neue Führungsmacht zu etablieren, und hatte einen Meister an seiner Seite, der das diplomatische Spiel wie nie zuvor jemand verstand.



*Otto Fürst von Bismarck, Gemälde von Franz von Lenbach, 1894*

*Photo: Reichsarchiv*

*Es ist der 24. September 1862. Einen Tag nach der Abstimmungs-niederlage der Regierung in der Frage der Heeresreform ernennt der preußische König Wilhelm I. den bisherigen preußischen Gesandten in Paris, Otto von Bismarck, zum neuen Ministerpräsidenten, mit umfassenden königlichen Vollmachten ausgestattet.*

Während die Konkurrenz zwischen den beiden Großmächten im Deutschen Bund immer bedrohlichere Ausmaße annahm und dies 1866 in der entscheidenden Schlacht bei Königgrätz, vom Ministerpräsidenten Otto von Bismarck seit langem geplant, und die sich an der Schleswig-Holstein-Frage entzündet hatte. Die vollständige Niederlage Österreichs führte in Deutschland zu einer völligen Neuordnung der politischen Verhältnisse. Die Kleinstaaten wie Hannover, Kurhessen und Nassau wurden von Preußen annektiert, sodaß es von Königsberg bis Saarbrücken über ein zusammenhängendes Staatsgebiet verfügte. Unter Preußens Führung vereinigten sich die übrigen deutschen Kleinstaaten im Norddeutschen Bund. Österreich sah sich durch die Auflösung des Deutschen Bundes seiner Möglichkeiten in Europa einzugreifen beraubt und zog sich in sein Kernterritorium zurück - und ab sofort gehörte die Zukunft den Nationalstaaten.

Mit der rapide zunehmenden Industrialisierung war eine neue gesellschaftliche Gruppe, die Industriearbeiterschaft entstanden. Durch ihre schlechte materielle

und soziale Lage formierten sich ideologische und politische Interessenvertretungen, und während ständig wachsende Spannungen die derzeitige Lage kennzeichneten, gewann der Liberalismus und ein wachsenden deutscher Nationalismus an Bedeutung und Preußen war zur führenden politischen wie auch wirtschaftlichen Macht im Norddeutschen Bund herangewachsen.

Als auf geheimes Betreiben des Bundeskanzlers des Norddeutschen Bundes, Otto von Bismarck, die Affäre um die Kandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen für den spanischen Thron zu einer diplomatischen Schlappe für Frankreich wurde, erklärte der französische Kaiser Napoleon III. Preußen am 19. Juli 1870 den Krieg.

Daraufhin schlossen sich die süddeutschen Staaten dem Norddeutschen Bund wider Erwarten an. Es folgte eine Reihe von Siegen (u.a. Schlacht von Sedan am 2. September 1870). Bismarck nutzte die nationale Begeisterung für seine geplante deutsche staatliche Einheit. Im November erkannten die süddeutschen Fürsten König Wilhelm I. von Preußen als Deutschen Kaiser an, welcher sich am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles als gemeinsames Staatsoberhaupt und Kaiser proklamieren ließ.



***Die Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches***

***Photo: Reichsarchiv***

*Die dritte Version der Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. als Kaiser von Deutschland in Versailles von Anton von Werner. Die ersten beiden Versionen wurden im Zweiten Weltkrieg zerstört. Diese Version wurde von der preußischen Königsfamilie zum 70. Geburtstag Kanzler Bismarck beauftragt.*

## **Wilhelm I. wird Deutscher Kaiser (\*1797 - †1888)**

### **Amtszeit: 18. Januar 1871 bis 9. März 1888**

Noch während die deutschen Truppen vor Paris standen wird in einer festlichen prunkvollen Zeremonie im Spiegelsaal von Versailles der preußische König Wilhelm I. von den deutschen Fürsten zum Deutschen Kaiser proklamiert.



*Wilhelm I. (\* 22. März 1797 als Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen in Berlin; † 9. März 1888 ebenda) aus dem Haus Hohenzollern war seit 1858 Regent und seit 1861 König von Preußen sowie ab 1871 Kaiser. Wilhelm war konservativ eingestellt und hatte wegen seiner Rolle bei der Niederschlagung der Revolution von 1848/49 den Beinamen Kartätschenprinz (von Max Dortu) erhalten. Dennoch bedeutete sein Antreten als amtierender König 1858 eine gewisse Liberalisierung. Noch während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/1871 hatte er sich dem Gedanken widersetzt, zusätzlich Deutscher Kaiser zu werden, erlangte aber im Kaiserreich große Popularität. Seine Regierungszeit war wesentlich vom Wirken Otto von Bismarcks als preußischem Ministerpräsidenten und Reichskanzler geprägt.*

Wilhelm I. auf einem Porträt des Hofphotographen Wilhelm Kuntzemüller (1884)

Photo: Reichsarchiv

## **Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck (\*1815 - †1898)**

### **Amtszeit: 21. März 1871 bis 20. März 1890**



Otto Fürst von Bismarck  
Photo: Reichsarchiv

*Otto Fürst von Bismarck wurde am 1. April 1815 in Schönhausen an der Elbe geboren. Sein Weg in die Politik begann 1847 als Abgeordneter im Provinziallandtag von Preußen. Mit seiner konservativen Politik stand der Jurist den liberalen Bestrebungen misstrauisch gegenüber. 1851 wurde Bismarck zum Legationsrat und Gesandten am Frankfurter Bundestag berufen. Acht Jahre später ging er als Gesandter nach St. Petersburg und 1862 nach Paris. Im gleichen Jahr wurde Bismarck zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Zum Kanzler wurde er 1867 mit der Gründung des Norddeutschen Bundes. 1871 wurde Bismarck Reichskanzler. Während seiner Amtszeit brachte er einige der wichtigsten Wirtschafts- und Sozialgesetze, wie die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, auf den Weg. Nach dem Tod von Wilhelm I. hatte es Bismarck zunehmend schwerer, seine politischen Ideen durchzusetzen. 1890 wurde er aus seinem Amt entlassen. Kurz danach, am 30. Juli 1890, starb er in Friedrichsruh. Im Geburtsort Bismarcks, in Schönhausen (Landkreis Stendal).*

## Wilhelm II. Deutscher Kaiser (\*1859 - †1941) Amtszeit: 15. Juni 1888 bis 9. November 1918



Der Deutsche Kaiser, König  
Wilhelm II. v. Preußen  
(1859-1941, reg. ab 1888),  
in preußischer Offiziersuniform  
Photo: Reichsarchiv

*Wilhelm II., mit vollem Namen **Friedrich Wilhelm Viktor Albert von Preußen** (\* 27. Januar 1859 in Berlin; † 4. Juni 1941 in Doorn, heute Utrechtse Heuvelrug, Niederlande) entstammte der Dynastie der Hohenzollern und war von 1888 bis 1918 letzter Deutscher Kaiser und König von Preußen. Wilhelm war der Enkel des ersten Kaisers Wilhelm I. und der Sohn von Friedrich III. Friedrich war 1888 nach nur 99 Tagen Amtszeit an Kehlkopfkrebs verstorben, so daß Wilhelm mit 29 Jahren bereits Kaiser wurde. Mit seiner traditionellen Auffassung vom Kaisertum zeigte Wilhelm - nach Deutung heutiger Historiker - zu wenig Verständnis für die Anforderungen einer modernen konstitutionellen Monarchie. Erst im Oktober 1918, unter dem Druck des Ersten Weltkrieges, stimmte Wilhelm Verfassungsreformen zu, denen zufolge der Reichskanzler das Vertrauen des Reichstags benötigte. Am 9. November 1918 verkündete Reichskanzler Max von Baden die Abdankung von Wilhelm und dessen Sohn, dem Kronprinzen. Wilhelm hatte sich seit dem 29. Oktober im deutschen Hauptquartier im belgischen Spa aufgehalten. Da die Entente-Mächte seine Auslieferung als „Kriegsverbrecher“ verlangten, ging er von dort direkt in die nahen Niederlande. Königin Wilhelmina gewährte ihm (nach zweitägigem Zögern) Asyl und verweigerte seine Auslieferung. Wilhelm blieb bis zu seinem Tode in Doorn.*

### Weitere wichtige Persönlichkeiten

Nach Kaiser Wilhelm I., Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck taten sich bis zur Ausrufung der Weimarer Republik noch folgende Reichskanzler besonders hervor:

#### Reichskanzler:

- Georg Leo Graf von Caprivi
- Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst
- Bernhard Fürst von Bülow
- Theobald von Bethmann Hollweg
- Georg Michaelis
- Georg Graf von Hertling
- Prinz Max von Baden

#### Amtszeit:

20.03.1890 - 29.10.1894  
29.10.1894 - 17.10.1900  
17.10.1900 - 14.07.1909  
14.07.1909 - 16.07.1917  
16.07.1917 - 02.12.1917  
02.12.1917 - 05.10.1918  
05.10.1918 - 09.11.1918

Es folgen die von den Alliierten eingesetzten Reichskanzler der Weimarer Republik, von Friedrich Ebert über Adolf Hitler (30. Januar 1933 - 30. April 1945) bis hin zu seinem Nachfolger Dr. Josef Goebbels (30. April 1945-1. Mai 1945).

Nach dem Selbstmord am 1. Mai 1945 von Josef Goebbels in Berlin ernannte der Reichspräsident Karl Dönitz den Graf Schwerin von Krosigk zum Leiter der „Geschäftsführenden Reichsregierung“ - Amtszeit: 2. Mai 1945 - 23. Mai 1945.

## **Reichspräsident Großadmiral Karl Dönitz** **Amtszeit: 30. April 1945 bis 23. Mai 1945**



Karl Dönitz als Großadmiral,  
1943 Photo: Reichsarchiv

*Karl Dönitz (\* 16. September 1891 in Grünau bei Berlin; † 24. Dezember 1980 in Aumühle bei Hamburg) war ein deutscher Marineoffizier (seit 1943 Großadmiral) und von 1943 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine. Von Adolf Hitler testamentarisch dazu ernannt agierte er bis zur Verhaftung und Absetzung seiner Regierung durch alliierte Truppen am 23. Mai 1945 als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und Oberbefehlshaber der Wehrmacht.*

*Dönitz gehörte zu den 24 im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof angeklagten Personen und wurde am 1. Oktober 1946 wegen Führens von Angriffskriegen und wegen Kriegsverbrechen schuldig gesprochen und zu zehn Jahren Haft verurteilt.*

Am 23. Mai 1945 wurde Reichspräsident Karl Dönitz mit den übrigen Mitgliedern der in Mürwik bei Flensburg residierenden geschäftsführenden Reichsregierung in die Kriegsgefangenschaft genommen.

### **Das Deutsche Reich besteht völkerrechtlich fort, doch ist es führungslos.**

Mit der Berliner Deklaration vom 5. Mai 1945 übernehmen die vier Siegermächte, USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich die Oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Schon am 12. September 1944 hatten die Alliierten die „Neuordnung Deutschlands“ im „Londoner Protokoll“ beschlossen.

Das Deutsche Reich wird in 4 Besatzungszonen und Berlin in 4 Sektoren aufgeteilt, in denen die Militärgouverneure nach eigenem Ermessen handeln.

Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 einigten sich die Vier Mächte auf politische Grundsätze für die Behandlung Deutschlands:

***Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Dezentralisierung, Dekartellisierung und Demokratisierung.***

Außerdem wird beschlossen, die deutsche Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße bis zu einem Friedensvertrag unter polnische sowie sowjetische Verwaltung zu stellen und die dortige deutsche Bevölkerung ebenso wie die Deutschen aus der Tschechoslowakei und Ungarn auszusiedeln. 12 Millionen Deutsche werden so aus ihrer Heimat vertrieben. Als Folge des Kalten Krieges schreitet nun auch die politische Teilung Deutschlands voran.

Mit den „Frankfurter Dokumenten“ forderten die Westmächte die Ministerpräsidenten der 1946/47 gegründeten Länder am 1. Juli 1948 auf, mit der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung die Gründung eines westdeutschen Staates einzuleiten. Die Ministerpräsidenten wollen jedoch nur einen provisorischen Staat mit lediglich einem Grundgesetz statt einer Verfassung schaffen.

Mit der Ausarbeitung dieses Grundgesetzes wird ein Parlamentarischer Rat beauftragt, der am 1. September 1948 in Bonn zusammentritt. Nach der Genehmigung durch die Militärgouverneure und der Zustimmung der Länderparlamente (mit Ausnahme des bayrischen) tritt das Grundgesetz dann am 24. Mai 1949 in Kraft. Der alliierte Verwaltungskonstrukt „Bundesrepublik Deutschland“ ist gegründet.

In der sowjetischen Besatzungszone kommt die Gründung eines separaten Staates 1949 zum Abschluß. Aus der „Volkskongreßbewegung für die Einheit und gerechten Frieden“ geht im März 1948 der 1. Deutsche Volksrat hervor, der die Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik ausarbeitet und am 19. März 1949 formell beschließt.

Der 2. deutsche Volksrat, der am 7. Oktober 1948 zusammentritt, erklärt sich zur provisorischen Volkskammer und beauftragt Otto Grotewohl mit der Regierungsbildung. Damit ist als zweiter „deutscher Staat“ die DDR gegründet.

Während im Westen Bundeskanzler die Westalliierten vertreten, werden im Osten Ministerpräsidenten von den Sowjets eingesetzt.

**Da das Deutsche Reich völkerrechtlich weiter fortbesteht und vorerst führungslos ist und es eine Persönlichkeit gab, welche sich für das völkerrechtliche Fortbestehen des Deutschen Reiches besonders hervortat, wollen wir diesen hier besonders hervorheben.**

**Bundesminister und Ministerpräsident Franz Josef Strauß**





Franz Josef Strauß (1982)  
Photo: Reichsarchiv

***Franz Josef Strauß** (\* 6. September 1915 in München; † 3. Oktober 1988 in Regensburg) war ein deutscher Politiker der CSU, deren Vorsitzender er von 1961 bis zu seinem Tod war.*

*Strauß gehörte der Bundesregierung als Bundesminister für besondere Aufgaben (1953–1955), Bundesminister für Atomfragen (1955–1956), Bundesminister der Verteidigung (1956–1962) und Bundesminister der Finanzen (1966–1969) an. Von 1978 bis 1988 war er Bayerischer Ministerpräsident und trat bei der Bundestagswahl 1980 vergeblich als Kanzlerkandidat der Unionsparteien gegen den amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) an. Strauß unterhielt enge Verbindungen zur Industrie und gehörte zu den Hauptinitiatoren der Gründung von Airbus, wo er später Aufsichtsratsvorsitzender war.*

## **Reichskanzler der Exilregierung Deutsches Reich - Kaiserreich**



**Fürst Norbert Rudolf Schittke**, der weitere Schritte und Wege zur Weiterführung des Deutschen Reiches als derzeitiger **Fürstregent Norbert Rudolf Schittke**, als ehemaligem Kreistagsabgeordneten, Europa-Parlamentsbewerber und Sicherheitsbeauftragten von Franz Josef Strauß in Form der

### **Exilregierung Deutsches Reich - Kaiserreich**

eingeleitet hat.

Norbert Rudolf Schittke, aus dem Großvater Elternhaus, des Alterslehen von **Zar Nikolaus II.** in Riga. *19. Januar 1942 in Berlin geboren; ein deutscher Politiker der Volksmitte*. Der zur Zeit unter seiner Führung seit dem 8. Mai 2004 die rechtmäßige

### **Exilregierung Deutsches Reich - Kaiserreich**

mit seinen Freiheitskämpfern, Amtsträgern und Ministern eingeleitet hat.

Er wird die Volksabstimmungen auf dem direkten Wege über die **Demokratische konstitutionelle Monarchie** als Volksregierung aufbauen. Eine konstitutionelle Monarchie gab es beispielsweise im friedfertigen Deutschen Kaiserreich (1871–1918)

Rückschritt = Vorschrift